

Pressemitteilung

22. November 2023

Finanzstabilitätsbericht der EZB: Aussichten für die Finanzstabilität angesichts der Eintrübung des makrofinanziellen Umfelds weiter fragil

- Finanzmärkte sind nach wie vor anfällig für negative makrofinanzielle und geopolitische Entwicklungen; dies könnte durch Verwundbarkeiten bei einigen Nichtbanken verstärkt werden
- Auswirkungen der restriktiveren Finanzierungsbedingungen auf die Realwirtschaft kommen noch nicht voll zum Tragen
- Höhere Kredit- und Schuldendienstkosten werden Widerstandsfähigkeit der privaten Haushalte, Unternehmen und Regierungen im Euroraum zunehmend auf die Probe stellen
- Ertragskraft der Banken im Euroraum profitiert von steigenden Zinsen, wird aber zugleich durch höhere Refinanzierungskosten, schlechtere Aktivaqualität und geringere Kreditvolumen belastet

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat heute ihren Finanzstabilitätsbericht vom November 2023 veröffentlicht. Dem Bericht zufolge sind die Aussichten für die Finanzstabilität im Euroraum nach wie vor fragil, da die restriktiveren Finanzierungsbedingungen in einem Umfeld schwachen Wachstums, hoher Inflation und erhöhter geopolitischer Spannungen zunehmend auf die Realwirtschaft durchwirken.

„Die schwachen Konjunkturaussichten und die Folgen der hohen Inflation beeinträchtigen die Schuldendienstfähigkeit der Privathaushalte, Unternehmen und Regierungen,“ so EZB-Vizepräsident Luis de Guindos. „Nun, da die Wirtschaft in einem Umfeld wachsender Unsicherheit und zunehmender geopolitischer Spannungen in eine Phase höherer Zinsen übergeht, müssen wir weiter wachsam bleiben.“

Die Finanzmärkte wie auch der Nichtbankensektor sind weiterhin sehr anfällig für negative Entwicklungen. Sollte sich die Konjunkturlage schlechter entwickeln als erwartet, könnte es zu einer Materialisierung der vorhandenen Verwundbarkeiten kommen. Zudem sind Investmentfonds und andere Nichtbanken nach wie vor anfällig für Liquiditäts-, Kredit- und Leverage-Risiken. Dies macht deutlich, dass ihre Widerstandsfähigkeit aus makroprudenzieller Sicht gestärkt werden muss.

Die restriktiveren Finanzierungs- und Kreditbedingungen schlagen sich zunehmend in höheren Schuldendienstkosten nieder. Ihr voller Effekt auf die Wirtschaftstätigkeit steht allerdings noch aus, da sich die Kreditlaufzeiten während der Niedrigzinsphase in allen Wirtschaftssektoren ausgeweitet haben. Ein weiterer Anstieg der Kosten könnte sowohl den Finanzsektor als auch die nichtfinanziellen Sektoren vor Herausforderungen stellen. Bereits zu beobachten ist dies an den Immobilienmärkten des Euroraums, die sich in einem Abschwung befinden. An den Wohnimmobilienmärkten sind Preisrückgänge zu beobachten, weil Wohnimmobilien durch die gestiegenen Kosten für die Hypothekenfinanzierung weniger erschwinglich geworden sind. An den Gewerbeimmobilienmärkten werden die Auswirkungen der steigenden Finanzierungskosten durch einen strukturellen Rückgang der Nachfrage nach Büro- und Einzelhandelsimmobilien im Gefolge der Pandemie verstärkt.

Die Banken im Euroraum haben sich seit der Pandemie als schockresistent erwiesen, und ihre Ertragskraft ist gestiegen. Allerdings sind sie aus drei Richtungen Gegenwind ausgesetzt: Erstens dürften die Refinanzierungskosten steigen, da die Banken die höheren Zinsen nun allmählich an die Einleger weitergeben und sich die Zusammensetzung der Refinanzierung zunehmend weg von täglich fälligen Einlagen und hin zu höher verzinsten Termineinlagen oder Anleihen verlagert. Zweitens dürfte sich infolge der höheren Schuldendienstkosten in einem schwachen gesamtwirtschaftlichen Umfeld die Qualität der Bankaktiva verschlechtern. Und drittens ist in Anbetracht der höheren Kreditzinsen im Verbund mit einer geringeren Kreditnachfrage und strengeren Kreditvergaberichtlinien ein erheblicher Rückgang der Kreditvolumen zu erwarten, der die Ertragslage der Banken belasten wird.

Insgesamt ist das Bankensystem im Euroraum gut aufgestellt, um diesen Risiken standzuhalten. Die makroprudenziellen Behörden haben in den letzten Monaten die Pufferanforderungen erhöht und dadurch zur Stärkung der Banken beigetragen. Um die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems sicherzustellen und den Banken die Wende im Finanzzyklus zu erleichtern, sollten die makroprudenziellen Behörden die Kapitalpuffer sowie die bestehenden kreditnehmerbezogenen Maßnahmen zur Gewährleistung solider Kreditvergabestandards beibehalten. Entscheidend ist jedoch, dass die noch ausstehenden Elemente der Basel-III-Reformen gewissenhaft umgesetzt werden und die Bankenunion vollendet wird. Damit das Finanzsystem noch widerstandsfähiger wird, bedarf es nach wie vor einer umfassenden und entschlossenen politischen Reaktion auf strukturelle Verwundbarkeiten im Nichtbankensektor, die beispielsweise aus Liquiditätsrisiken oder einem hohen Verschuldungsgrad resultieren.

Medianfragen sind an [Verena Reith](#) zu richten (Tel.: +49 69 1344 5737).

Europäische Zentralbank

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: media@ecb.europa.eu

Internet: www.ecb.europa.eu

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.